



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD**

Europäische Werte schützen. Orbán stoppen. LGBTIQ*-Rechte in Ungarn wiederherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die erste Strategie der EU zur Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, Transgender-, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ*), die die EU-Kommission am 12. November 2020 vorgelegt hat. Die Strategie sieht konkrete Maßnahmen bis 2025 vor, wie die Bekämpfung von Diskriminierung, die Gewährleistung der Sicherheit von LGBTIQ*-Personen, den Schutz der Rechte von Regenbogenfamilien und die Gleichstellung von LGBTIQ* in der Welt.

In Ungarn jedoch steht entgegen der erklärten europäischen Ziele und internationalen Menschenrechtsstandards seit Beginn der Amtszeit des rechtsnationalen Ministerpräsidenten Victor Orbán die LGBTIQ*-Community massiv unter Druck.

Der Landtag erklärt die staatliche Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen in Ungarn als mit den elementaren Grundwerten der EU und der Resolution 17/19 des UN-Menschenrechtsrats zu Menschenrechten, sexueller Orientierung und sexueller Identität für unvereinbar. Nachdem Orbáns rechtsnationale Parlamentsmehrheit bereits im Mai 2020 ein Gesetz zur Einschränkung der Rechte von trans- und intersexuellen Menschen beschlossen hat, verankert Orbán den gesellschaftlichen Ausschluss von LGBTIQ* nun auch in der ungarischen Verfassung. Neue Verfassungsdefinitionen von Elternschaft und Geschlecht richten sich dezidiert gegen Homosexuelle und Transgender.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf,

- ihre engen Kontakte mit dem Franz-Josef-Strauß-Preisträger der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, Victor Orbán, zu nutzen, um Protest gegen die umstrittene Gesetzgebung einzulegen. Diese ist zurückzunehmen;
- in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass die Europäische Kommission als Hüterin der europäischen Verträge gegen die ungarische Regierung Sanktionen verhängt und nach Möglichkeit über den EU-Rechtstaatsmechanismus die Sperrung von EU-Mitteln für Ungarn in die Wege leitet.

Begründung:

In Victor Orbáns ungarischer Regierung ist „Homophobie fester Bestandteil der Staatsideologie“, so das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ im Dezember 2019.

Sie verwehrt seit Mai 2020 Menschen die Möglichkeit, ihr Geschlecht nach einer Angleichung standesamtlich eintragen zu lassen. Das nach der Geburt im Personenregister vermerkte Geschlecht darf später nicht mehr verändert werden. Trans- und intersexuelle Menschen können damit etwa ihre Ausweisdokumente nicht anpassen lassen. Als Grund für die jüngste LGBTIQ*-feindliche Verfassungsänderung nennt die Regierung, sie müsse Kinder vor „neuen, modernen ideologischen Trends in der westlichen Welt schützen, (...) die eine gesunde Entwicklung der Kinder gefährden“.

Die Rechte von LGBTIQ*-Personen sind Menschenrechte. Jede Nation hat die Pflicht, lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle sowie queere Personen vor Diskriminierung zu schützen.